

Doppelte Staatsbürgerschaft Landtag überlässt dem Volk das letzte Wort

Im März 2015 hatte der Landtag eine Motion der Freien Liste an die Regierung überwiesen und sie so damit beauftragt, eine Vorlage für eine Abänderung des Bürgerrechtsgesetzes zu erarbeiten. Und zwar dergestalt, dass Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft künftig liberaler geregelt sind. Seit Donnerstag ist der Gesetzgebungsprozess im Parlament abgeschlossen. Die Abgeordneten haben den Vorschlag der Regierung in zweiter Lesung mit 20 Jastimmen gutgeheissen. Demnach sollen Staatsangehörige der Schweiz oder eines anderen EWR-Landes bei Annahme des liechtensteinischen Bürgerrechts nicht länger auf ihre bisherige Staatsbürgerschaft verzichten müssen – sofern der Zweitstaat eine doppelte Staatsbürgerschaft ebenfalls zulässt. Tatsache ist die Gesetzesrevision mit dem Landtagsbeschluss allerdings noch nicht, denn das Parlament hat noch etwas anderes entschieden: Der finale Entscheid obliegt dem Volk. (bo)

Gemeinderat Vaduz Abstimmungsverhalten bleibt Geheimsache

Abgestützt auf die Rezeption eines politischen und eines rechtlichen Gutachtens hatte die Arbeitsgruppe «Transparente Informationspolitik» im Vaduzer Gemeinderat am 8. Januar 2020 beantragt, dass das Abstimmungsverhalten der einzelnen Räte künftig per Namensnennung dokumentiert und damit öffentlich gemacht wird. Das Gremium hat dem Ansinnen in seiner Sitzung vom 18. Februar jedoch eine Absage erteilt, wie am Mittwoch bekannt wurde. Acht Gemeinderäte stimmten gegen eine entsprechende Abänderung der Geschäftsordnung, nur fünf dafür. (bo).



Clarissa Frommelt
Vorsitzende der Frauen
in der FBP

Seit fast 100 Jahren wird der Internationale Weltfrauentag am 8. März begangen. Der Tag macht auf die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter aufmerksam und steht insbesondere für die Rechte von Frauen. Es geht dabei aber nicht um Sonderrechte, sondern um Menschenrechte. Durch Bewegungen wie #MeToo, Time's Up und Gender Pay Gap erfährt die Gleichstellung der Geschlechter wieder mehr Aufmerksamkeit.

Den jährlichen Weltfrauentag finden wir von den Frauen in der FBP enorm wichtig, da er die Bevölkerung darauf aufmerksam macht, dass es in vielen Ländern der Welt wesentlich schlimmere Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen gibt als in Liechtenstein. Viele Probleme haben einen traditionellen Hintergrund, so zum Beispiel die traditionelle Beschneidung von Frauen in einigen Teilen Afrikas und Asiens, die Zwangsheirat oder der Tod durch Ehrenmorde. In einigen arabischen Staaten dürfen Frauen noch immer nicht wählen. Sie können also keinen Einfluss auf die Politik in ihrem Land nehmen. Auch im privaten Bereich werden Frauen in vielen Ländern stark unterdrückt, indem sie gezwungen sind, sich zu verhüllen und Männern ohne Widerspruch zu gehorchen.

Auch das Recht auf Bildung ist weltweit eingeschränkt: Wesentlich mehr Mädchen als Jungen haben keinen oder nur beschränkten Zugang zu Bildung.



Daniela Wellenzohn-Erne
Vizepräsidentin VU

Frauen haben bereits sehr viel erreicht. Es wird in der heutigen Gesellschaft immer sichtbarer, dass Menschen unabhängig ihres Geschlechts verantwortungsvolle Positionen ausfüllen. Nicht das Geschlecht, sondern die Kompetenz zählt.

Und dennoch gibt es noch immer Schattenseiten des Frauseins. So sind heutzutage vordergründig Frauen von Altersarmut betroffen. Vor allem Witwen, welche sich zeitlebens um die Familie gekümmert haben, stehen in der Altersversorgung oft schlechter da als Männer. Und auch alleinerziehende Frauen kämpfen im Jahr 2020 leider immer noch um mehr Gerechtigkeit und soziale Anerkennung.

Gelebte Realität statt Kampftema,,

Leistungen, die vollbracht werden, sind geschlechtsneutral zu honorieren und zu werten. Gleichheit soll und muss im politischen und sozialen Bereich kein Kampftema, sondern gelebte Realität sein. Dies alles sind wahrscheinlich Gründe und Themenfelder, warum ein Weltfrauentag auch im Jahr 2020 wichtig und berechtigt ist.

In welchen Bereichen sehen Sie Handlungsbedarf und wofür setzen Sie sich ein?



Heute ist Weltfrauentag. **Was Frauen im Jahr 2020 noch fordern?** Schutz vor Altersarmut, Schluss mit sexueller Belästigung und Gewalt, bessere Kinderbetreuung, gleicher Lohn, ein Ende der Rollenbilder, Unterstützung für Frauen in Unternehmen, Politik und für Alleinerziehende ...



Conny Büchel Brühwiler
Co-Präsidentin der
Freien Liste (FL)

Der Handlungsbedarf ist gross. Wollen wir Rahmenbedingungen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen, ist eine bezahlte Elternzeit für Väter und Mütter im ersten Lebensjahr ein zentrales Anliegen. Ihre positiven Auswirkungen sind gut untersucht. Sie hat sowohl positive Effekte auf die familiäre Situation als auch auf die Wirtschaft und Gesellschaft. Daher muss die Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs und Elternzeit, zu welcher Liechtenstein staatsvertraglich verpflichtet ist, über die Minimalvorgaben der EU hinausgehen.

Auch die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien ist eine grosse Herausforderung. Im März-Landtag wurde lange über die Formulierung «ausgewogene Vertretung» in der Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» diskutiert. Man kann lange diskutieren, aber 22 Männer und drei Frauen im Landtag sind nicht ausgewogen. Die Zustimmung bzw. Ablehnung der Initiative hat mehr mit der Werthaltung und den Rollenbildern der einzelnen Landtagsabgeordneten zu tun als mit dem Ansinnen der Initiative. «Die Verfassung ist der richtige Ort. Sie gibt uns die Richtschnur für unser Handeln auf. Durch den Zusatz wird der Gesetzgeber in die Pflicht genommen», argumentiert Fraktionssprecher Georg Kaufmann. Ich stimme ihm sowie der Verfassungsinitiative klar zu.



Erich Hasler
Mitglied der Demokraten pro
Liechtenstein (DpL)

Schade, dass der Weltfrauentag ausschliesslich ein Bild einer diskriminierten Frau vermittelt. Keine Wertschätzung für Frauen, die unauffällig und gerne zum Wohl der Familie und in sozialen Institutionen arbeiten und auf eine Berufskarriere verzichten. Viele angesprochene Themen, zum Beispiel Schutz vor Altersarmut, betreffen beide Geschlechter und auch Familien.

Dieses Thema und weitere sind bei uns schon lange auf der Agenda. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Sexueller Missbrauch gehört zudem strenger bestraft. Die Forderung nach einem Ende der Rollenbilder ist ein populäres linkes Anliegen. Wir sind der Ansicht, dass eine Rollenteilung in der Familie Sinn macht, jedoch Sache der Familie ist. Die Kinderbetreuung sehen wir nicht in der Bereitstellung von immer mehr hoch subventionierten Kita-Plätzen, sondern darin, dass die Betreuung in den ersten Lebensjahren weitgehend in der Familie stattfinden kann. Die Kinderbetreuung und Erziehung kann und soll nicht der Staat übernehmen, dies ist und bleibt Aufgabe der Eltern. In den meisten Familien übernimmt diese Rolle federführend die Frau. Das ist keine Abwertung. Wenn der Mann diese Aufgabe übernimmt, spricht ja auch niemand von Abwertung.



Ado Vogt
Stv. Landtagsabgeordneter
der Unabhängigen (DU)

Die oben erwähnten Problemfelder sind so vielfältig wie die Frauen selbst bzw. die Situationen, in denen sie leben. Es gibt konkrete Themen wie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, welche die Politik herausfordern. Bei Themen wie «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» zeigen vertiefte Analysen, dass da oft Äpfel mit Birnen verglichen werden. Es verdienen eben auch

So vielfältig wie die Frauen selbst,

nicht alle Männer in gleicher Funktion den identischen Lohn. Was ein Ende der Rollenbilder konkret bringen soll, entzieht sich meiner Kenntnis. Das ganze Leben wird von Rollenbildern geprägt, sei das in der Familie, im Beruf oder in der Freizeit. Es würde mich interessieren, was das genaue Ziel ist und was passiert, wenn es tatsächlich eintritt, dass Rollenbilder verschwinden. Es ist wichtig, bei konkreten Problemfeldern politisch einzugreifen, bei «gefühlten» Ungerechtigkeiten soll die Politik aber die Finger davonlassen.

Ich wünsche allen Frauen einen angenehmen Weltfrauentag.